

## Entwicklungsgerechtigkeit braucht faire Marktregeln

Wir wollen Marktbedingungen, die langfristig eine Einkommenssicherung ohne staatliche Zahlungen ermöglichen.

Wir wollen, dass Schluss ist mit direktem und indirektem Exportdumping in Europa. Diese Politik zerstört die Entwicklungschancen bei uns und weltweit.

## Bäuerliche Betriebe erhalten – Arbeitskräfte berücksichtigen

Eine Landesregierung mit grüner Beteiligung wird sich für die Einführung einer Obergrenze bei der Agrarförderung einsetzen. Darüber hinaus soll die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze in den Betrieben berücksichtigt werden.

20 % der Betriebe bekommen 80 % der Zahlungen. Mit dieser ungerechten Verteilung muss Schluss sein. Wir wollen bäuerliche Betriebe erhalten sowie Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum ausbauen.



Kevinzim - flickr

Kühe gehören auf die Weide. Für umwelt- und tiergerecht erzeugte Milch müssen faire Preise gezahlt werden.

*„Viele Anläufe sind bereits gemacht worden, die EU-Agrarpolitik zu reformieren. Es muss uns jetzt gelingen, die Weichen in Brüssel, Berlin und Kiel neu zu stellen. Für das Überleben einer vielfältigen, umweltgerechten und sozialverträglichen Landwirtschaft in Europa!“*



**Bernd Voß**

Agrarpolitischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen  
Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

0431 | 988 1515  
bernd.voss@gruene.ltsh.de  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)



**Eka von Kalben**

Vorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen  
Landesverband  
Schleswig-Holstein

Wilhelminenstr. 18  
24103 Kiel

0431 | 59338 - 0  
eka.von.kalben@gruene.de  
[www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)



Beboy - Fotolia

# EU-Agrarpolitik reformieren

**Für eine vielfältige,  
umwelt- und tiergerechte  
Landwirtschaft  
in Schleswig-Holstein**

## In jedem Apfel, in jedem Brot, in jedem Glas Milch steckt ein Stück Agrarpolitik

BürgerInnen wollen wissen, was wie und wo erzeugt wird und wofür die fast 60 Milliarden Euro des europäischen Agrarhaushaltes eingesetzt werden. Sie machen sich Sorgen um die Sicherheit der Umwelt und Ernährung.

Bäuerliche Betriebe hier und weltweit sehen sich durch Preisdumping aus dem Wettbewerb gedrängt.

Schon seit Jahren fordern BäuerInnen zusammen mit Umweltverbänden, Tierschutz, VerbraucherInnen, Entwicklungsorganisationen, Kirchen und Arbeitnehmervertretern eine andere Agrarpolitik.



Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten!  
Dafür kämpft ein breites Aktionsbündnis.

## Für eine wirksame Verteilung der Agrarzahlungen fordern wir:

- Einen Mindestanteil an ökologischen Vorrangflächen pro Betrieb wie Knicks, Gewässer, artenreiches Grünland und artenreiche Äcker. Das bringt Vielfalt in die Kulturlandschaft
- Mindestanforderungen an die Fruchtfolge, sie verhindern Monokulturen
- Einen Mindestanteil an Eiweißpflanzen, für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, und um Futtermittelimporte überflüssig zu machen, für Entwicklungschancen einer bäuerlichen Landwirtschaft weltweit
- Die Umsetzung standortangepasster, tiergerechter Haltungformen wie z.B. die Weidehaltung
- Keine Gentechnik auf dem Acker
- Den Erhalt des Grünlandes
- Die Entwicklung des Ökolandbaus als Leitbild einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu sichern
- Eine Obergrenze der Zahlungen pro Betrieb. Sie kann durch den Nachweis sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung angehoben werden.

## Greening darf nicht zu einem Greenwashing verkommen

Dafür muss es klare, für alle Betriebe verbindliche Vorgaben geben. Betriebe, die bisher schon die neuen Anforderungen erfüllen, werden die ersten Gewinner dieser Politik sein.



Die blaue Kuh steht als Symbol für die Forderung nach fairen Marktbedingungen für alle Milcherzeuger in Europa.

## Die Richtung stimmt – jetzt darf das EU-Parlament nicht wackeln

Die jetzigen Regelungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU laufen 2013 aus. Die EU-Kommission hat vor der Sommerpause ihre Reformvorstellungen dargelegt. So sollen Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe an die Erbringung von Umweltleistungen geknüpft werden. Dies wird als „Greening“ bezeichnet.

Damit hat die Kommission die richtige Richtung eingeschlagen. Jetzt kommt es drauf an, was bei den Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den Beratungen im EU-Parlament am Ende herauskommt. Auch die Landesregierung von Schleswig-Holstein ist am Entscheidungsprozess beteiligt. Gemeinsam mit dem Bund legen die Länder die deutsche Position im EU-Ministerrat fest.